

Dr. Patrick Rapp

Für Sie im Landtag



Neues aus dem Wahlkreis und Stuttgart



Badische und Württembergische Weine im Wettstreit 1. Politisches Weinduell der CDU in Kirchhofen



Ehrenkirchen - Gute Ideen muss man haben, wenn man im Wahlkampf Gehör finden will. Die CDU Ehrenkirchen hatte eine sehr gute, als sie zur politischen Weinprobe in den Gewölbekeller der Bezirkskellerei Markgräflerland in Kirchhofen einlud und mit Dr. Reinhard Löffler MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Dr. Patrick Rapp MdL je einen Vertreter der Landesteile als Referenten gewinnen konnte. Die ehemalige Deutsche Weinkönigin und Zweitkandidatin Natascha Thoma-Widmann, Ebringen, stellte charmant und sachkundig die vier Weine und deren Besonderheiten vor, „Von der Sonne verwöhnt“ gegen „Kenner trinken Württemberger“: Travertin Weißwein trocken (W), Grauburgunder Kabinett (Kirchhofen Batzenberg), Cannstatter Zuckerle Lemberger trocken (W) und Spätburgunder Rotwein (Ehrenstetter Ölberg Spätlese). Die 45 Zuhörer waren die Gewinner des Weinduells, sie bekamen Informationen über die politische Lage aus erster Hand und sie lernten ausgezeichnete Weine aus beiden Landesteilen kennen und schätzen. Zwischen der Verkostung der Weine gaben Dr. Reinhard Löffler MdL Statements zu den Bereichen „Wirtschaft“ und „Finanzen“ und Dr. Patrick Rapp MdL zu „Bildung/Flüchtlinge“ ab. Einige Stichworte: „Wer politisch verfolgt wird, darf bleiben“, Angela Merkels menschliche Geste: „Wir schaffen das“ hätte eine einmalige Aktion sein müssen, Schuldenabbau in BW und die Wettbewerbsfähigkeit Europas, Burkaverbot. Regina Würzburger (CDU Ehrenkirchen), die die Veranstaltung moderierte, dankte Dr. Reinhard Löffler, der die Württemberger Weine gesponsert hatte, für die kurzweilige, humorvolle Rede und Siegbert Ortlieb, Bezirkskellerei Markgräflerland für die badischen Weine und die Gastfreundschaft im historischen Gewölbekeller.

Frowalt Janzer

CDU Bundesparteitag: Karlsruher Erklärung zur Flüchtlingskrise

Beim **Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe** haben wir mit der Karlsruher Erklärung fast einstimmig einen Leitantrag zum Thema „Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“ verabschiedet. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Rede unterstrichen, dass wir verfolgten Menschen Schutz gewähren, dass dies aber nicht alleine die Aufgabe von Deutschland ist, sondern auch die anderen Staaten gefordert sind. Gleichzeitig hat sie aber auch deutlich gemacht, dass wir eine spürbare Reduzierung des Flüchtlingszustroms brauchen und hieran gemeinsam gearbeitet werden muss. Auch der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer hat hierauf verwiesen. Der CDU Bundesparteitag hat deutlich gemacht wie groß die Übereinstimmung von CDU und CSU bei diesem Thema ist. Die Frage einer Obergrenze ist hier nicht entscheidend, sondern die Frage, wie wir es schaffen den Zustrom zu verringern, Anreize abbauen, eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU zu erreichen, die Integration voranzutreiben und vor allem wie wir nicht überfordert werden.

Kernpunkte der Karlsruher Erklärung sind:

Menschen in Not helfen, Migration ordnen, steuern und reduzieren. Die CDU will den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen durch wirksame Maßnahmen **spürbar verringern**. Die Außengrenzen sollen geschützt, den Schleusern das Handwerk gelegt werden. Die vorübergehende Einführung von Grenzkontrollen war dazu ein wichtiger und erfolgreicher Schritt. Diese sind solange unverzichtbar, bis eine strikte Kontrolle der EU-Außengrenzen gewährleistet ist. Abgelehnte Asylbewerber sollen zügig in ihr Heimatland zurückgeführt werden. Fluchtursachen in den Herkunftsregionen werden durch Hilfen für die Transit- und Herkunftsländer bekämpft.

Integration sichern und gestalten: Fördern und Fordern. Die CDU will diejenigen, die länger in Deutschland bleiben, schnell integrieren. Wer bleibt, muss Deutsch lernen, sich zu unseren Grundwerten bekennen und die Gesetze achten. Deshalb strebt die CDU die Verabschiedung von Gesetzen des Bundes und der Länder an, in denen der Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen zwischen Staat und Migranten geregelt wird. Ehrenamtliche Initiativen wollen wir langfristig als Partner für Integration vor Ort gewinnen.

Für einen starken Staat: Sicherheit erhöhen, Terror bekämpfen. Die CDU will, dass ein europäisches Antiterrorzentrum zum Austausch von Informationen der Sicherheitsbehörden entsteht. Die beschlossenen Ein- und Ausreiseregister für die EU-Außengrenzen sowie der Austausch von Fluggastdaten sollen zeitnah umgesetzt werden. Die Sympathiewerbung für terroristische Organisationen soll unter Strafe gestellt werden.

Dr. Patrick Rapp

Für Sie im Landtag



Erfolgreiche Wein-Käse Partnerschaft zwischen Kaiserstuhl und Allgäu / CDU-Abgeordnete Paul Locherer MdL und Dr. Patrick Rapp zu Besuch in Eichstetten und Hartheim



Eichstetten / Hartheim-Feldkirch – Der Vorsitzende des Arbeitskreises Ländlicher Raum der CDU-Landtagsfraktion und Landtagsabgeordnete aus dem Allgäu, Paul Locherer, ist in Eichstetten kein Unbekannter. Vor 20 Jahren hatte er damaliger Bürgermeister von Amtzell zusammen mit dem damaligen Bürgermeister Gerhard Kiechle eine "Wein-Käsepartnerschaft" zwischen der Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl und der Gemeinde Amtzell im Allgäu gegründet. Auf Einladung des CDU-Abgeordneten Dr. Patrick Rapp gab es bei der Firma Rinklin-Naturkost in Eichstetten dieser Tage nicht nur eine Begegnung der "Partnerschaftsgründern", sondern auch einen Einblick in das erfolgreiche Unternehmen. „Die damalige Idee von Produktpartnerschaften im Land muss noch mehr Schule machen. Diejenige zwischen Amtzell mit bestem Allgäuer Käse und Eichstetten mit vorzüglichem Kaiserstühler Wein funktioniert auf jeden Fall seit 20 Jahren bestens“, so Locherer. Wilhelm Rinklin führte die Abgeordneten durch das sein Unternehmen, das 1975 gegründet wurde und mittlerweile mehr als 200 Personen beschäftigt.



Die Sorgen und Nöte der Landwirte standen im Mittelpunkt beim Besuch auf dem Bohrerhof in Feldkirch. Der Mindestlohn bereite der Landwirtschaft große Probleme, so Geschäftsführer Bruno Bohrer. Durch den Mindestlohn sieht man sich nun gezwungen die Zahl der Saisonarbeiter zu reduzieren und auf eine stärkere Mechanisierung zu setzen. Problematisch sei auch, dass sich die gestiegenen Kosten durch den Mindestlohn vielfach nicht beim Preis im Handel abbilden lassen. Hier waren sich die rund 20 anwesenden Landwirte mit den Abgeordneten einig, dass es beim Mindestlohn mehr Flexibilität auch mit Blick auf die Arbeitszeiten brauche. Die Preise für Fleisch und die Lebensmittelproduktion zu niedrig, so Franz Lais, Vorsitzender Arbeitskreis Landwirtschaft der CDU. Die Landwirtschaft leide unter einem massiven Preisverfall. „Wir brauchen eine starke Wertschätzung für die Landwirtschaft“, so die Abgeordneten Locherer und Rapp.

Schüler für richtiges Verhalten im Straßenverkehr sensibilisiert / Abgeordneter Rapp lobt Projekt „Begegnungen“ in der Breisacher Gewerbeschule



Breisach – Da gerade junge Autofahrer ein sehr hohes Unfallrisiko haben setzten Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst mit dem Projekt „Begegnungen“ an der Gewerbeschule Breisach hier an, um sie auf die Konsequenzen von Regelverstößen wie z.B. zu schnelles Fahren oder Alkohol am Steuer hinzuweisen. Bei den Begegnungen wird schnell klar, welche Konsequenzen ein Autounfall haben kann. Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst bis hin zu Notfallseelsorger schildern dabei ihre Erfahrungen von Unfällen. „Das ist ein sehr wichtiges Projekt, das nachdenklich macht“, kommentiert der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Patrick Rapp seinen Besuch Anfang Dezember in der Gewerbeschule. Frank Stratz, Andreas Hoffmann (Polizei), Stefan Danzeisen (Feuerwehr Ihringen), Achim Thamm (DRK Rettungsdienst), Andreas Eisler (Notfallseelsorger) und Roland Eckinger (Notfallseelsorger) schilderten den rund 40 Gewerbeschülern, wie schnell Lebensträume durch Unfälle zerplatzen können. „Über die persönlichen Begegnungen mit Rettungskräften und Unfallopfern wollen wir das Wissen um die alltäglichen Unfallgefahren und deren mögliche Folgen vermitteln. Hierdurch wollen wir eine Verhaltensänderung bewirken, die zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit dem Kraftfahrzeug führen kann“, so Initiator Andreas Hoffmann von der Freiburger Polizei. Unterstützt wird das Projekt von der Gewerbeschule Breisach. „Die Botschaft ist so einfach wie wirkungsvoll: Nur wenn wir uns im Straßenverkehr an die Regeln halten, schützen wir das Leben- der anderen Verkehrsteilnehmer und unser eigenes“, erläutert Hoffmann. Bislang konnten rund 1000 Gewerbeschüler in mehr als 20 Veranstaltungen erreicht werden.

Dr. Patrick Rapp MdL
 Graserweg 1
 79189 Bad Krozingen
www.patrick-rapp.eu

Verantwortlich: Micha Bächle 23.12.2015

Dr. Patrick Rapp**Für Sie im Landtag**

Neues aus dem Wahlkreis und Stuttgart

CDU setzt auf mehr Freiwilligkeit beim Naturschutz und will den Tourismus stärken / Guido Wolf MdL und Dr. Patrick Rapp MdL präsentieren Positionspapier: „Naturschutz und Tourismus müssen im Gleichklang entwickelt werden“



Stuttgart - „Naturschutz und Tourismus haben für Baden-Württemberg eine zentrale Bedeutung. Die CDU-Landtagsfraktion steht dafür, dass in Baden-Württemberg beide Bereiche ihren adäquaten Platz einnehmen können. Wir setzen uns daher für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen naturschutzfachlichen Anforderungen und den Interessen des Tourismus ein“, sagten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Guido Wolf MdL, und der Sprecher für Naturschutz und Tourismus, Dr. Patrick Rapp MdL. „Wir sind überzeugt: Naturschutz und Tourismus ergänzen und stärken einander. Beide müssen in Baden-Württemberg eine gute Perspektive haben“, betonte Rapp. „Beim Naturschutz sehen wir zwei wesentliche Grundlagen: Zum einen die Pflege, den Erhalt und die Fortführung der bestehenden Schutzgebiete aller Kategorien. Zum anderen die naturverträgliche und naturnahe Bewirtschaftung der Flächen ohne die Eigentumsrechte derjenigen, die die Flächen nutzen, noch weiter einzuschränken. Bei Ausgleichsleistungen sollte daher das Augenmerk verstärkt auf die Pflege vorhandener Natur- und Landschaftselemente gerichtet werden, statt immer neue Flächen heranzuziehen, die dann oft schon nach kurzer Zeit nicht mehr den gewünschten Wert für den Naturschutz haben, weil sie nicht ausreichend gepflegt werden“, betonten Wolf und Rapp. Bestes Beispiel sei hier die Aufwertung von Trockenmauern am Kaiserstuhl.

„Der Tourismus ist nicht nur einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige im Land, sondern auch ein Bindeglied zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Stadt und Land. Für uns geht es darum, die unterschiedlichen Bereiche im Tourismus gleichmäßig und nicht einseitig zu unterstützen“, erklärte Rapp. „Dazu setzen wir auf mehrere Maßnahmen wie zum Beispiel die Förderung der touristischen Infrastruktur mit einem besonderen Schwerpunkt auf interkommunal und regional wirksamen Projekten sowie eine Förderung von Maßnahmen, die das Angebot im Tourismus stärken und ihren Schwerpunkt in der einzelbetriebliche Förderung haben. Insbesondere haben wir hier Gastronomie und Beherbergungsbetriebe im Focus, die über ihre Bedeutung für den Tourismus hinaus vielfach integraler Bestandteil der gewachsenen örtlichen Strukturen sind. Ebenso gehört die Förderung und Unterstützung der Staats- und Heilbäder in der jetzigen Trägerstruktur dazu. Damit wollen wir ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung ermöglichen. Zudem wollen wir eine Förderung der Tourismuswerbung mit einer klaren Zielsetzung auf die Bildung von schlagkräftigen Dachmarken aber auch regionalen Projekten“, betonte Wolf.

Besuchergruppe im Landtag



Anfang Dezember besuchten Mitarbeiter der BDB-Musikakademie, des badischen Winzerkellers, Schüler der Waldorfschule sowie weitere Bürger aus dem Wahlkreis den Abgeordneten Dr. Patrick Rapp in Stuttgart.

Terminhinweis - Neujahrsempfang

CDU Breisgau-Hochschwarzwald, MIT und CDU Ihringen am **Samstag, 30. Januar** um 17 Uhr im Foyer der Neunlindenschule in Ihringen mit **EU-Kommissar Günther Oettinger**

CDU-Landtagsfraktion stellt Verkehrspapier für Baden-Württemberg vor

„Mobil zu sein ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Mobilität schafft Zukunft. Mobilität ist Freiheit. Wo wir wohnen, arbeiten und unsere Freizeit verbringen, bestimmt unser Mobilitätsbedürfnis langfristig. Daran muss sich moderne Verkehrspolitik orientieren. Keinesfalls aber an ideologischen Vorstellungen. Um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes zu gewährleisten und den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken, bedarf es leistungsfähiger Verkehrswege und attraktive flächendeckende Angebote im öffentlichen Verkehr in Stadt und Land. Unser Land braucht deshalb einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik. Mit unserem Positionspapier „Mobilität der Zukunft“ wollen wir die Weichen stellen für eine ausgewogene Verkehrspolitik, bei der die Maxime gilt „Für jeden Weg das richtige Verkehrsmittel“. Im Unterschied zur grün-roten Landesregierung verteufeln wir nicht einseitig das eine Verkehrsmittel und bevorzugen das andere. Wir wollen alle gleichermaßen entsprechend ihrer Stärken fördern und Mobilität verbessern, statt sie durch Verbote zu behindern. Es muss jedem Menschen selbst überlassen bleiben, sich zwischen Auto, Bus, Zug, Flugzeug oder Fahrrad zu entscheiden“, sagten der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Guido Wolf MdL, und die verkehrspolitische Sprecherin, Nicole Razavi MdL, am Montag (21. Dezember) in Stuttgart.